



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Ab sofort bis spätestens 5. April

Unterstützungs-Erklärungen in den Gemeindeämtern unterschreiben:

Damit EU-NEIN auf den Stimmzettel kommt!

Viele unserer Leser haben auf die öffentliche Bekanntgabe der Kandidatur von EU-NEIN bei der Europawahl vom 26.5.2019 am 17. Jänner dieses Jahres sehr positiv reagiert. Jetzt kommt es darauf an, daß dieses **Wahlbündnis** von „Initiative Heimat & Umwelt“ IHU und „Neutrales Freies Österreich“ NFO auch tatsächlich auf den Stimmzettel kommt und damit wählbar ist.

Ab der letzten Februarwoche kann die beigelegte **Unterstützungserklärung** in Ihrem Hauptwohnsitz-Gemeindeamt bzw. in einem Stadtmagistrat (meist in jedem Bezirksamt oder im jeweiligen Rathaus oder „Amtshaus“) zu den Parteienverkehrszeiten **vor** dem Beamten unterschrieben und umgehend danach an uns geschickt werden. Nur wenn wir bei der Einreichung unseres offiziellen „Wahlvorschlags“, der Kandidatenliste, spätestens am 12. April mindestens **2.600** gültige, d.h. behördlich bestätigte Unterstützungserklärungen beilegen können, kommt das Wahlbündnis „EU-NEIN“ auf den Stimmzettel. Vor dem Stichtag, dem 12. März, bestätigen die Behörden den oberen Teil der Unterstützungserklärung (die Identität des Unterschreibers), den unteren Teil können dann wir am Postweg für Sie einholen. Ab dem 12. März werden oberer und unterer Teil (Bestätigung der Wahlberechtigung) in einem von den Behörden bestätigt.

Die Etablierten brauchen keine Unterstützung-Unterschriften von Bürgern vorlegen: Wer über drei Nationalratsmandate verfügt - also alle dzt. im österr. Parlament vertretenen

Parteien - oder einen (!) Abgeordneten im Europaparlament, steht „automatisch“ auf dem Stimmzettel für die Wahl vom 26. Mai. Sie alle befürworten Österreichs EU-Mitgliedschaft und wollen daran nicht rütteln trotz gelegentlich geäußerter, allerdings nur Schein-Kritik an dieser. Die tatsächlichen Beschlüsse schauen immer wieder anders aus!

Das zeigte sich deutlich beim CETA-Abkommen, das ja einen Freihandels-Vertrag **der EU** mit Kanada darstellt, wie auch allen anderen EU-Freihandelsabkommen mit anderen Kontinenten wie dem mit Japan, mit Singapur, mit Südamerika etc., bei denen Österreich nun mithilfe der ÖVP/FPÖ-Regierung „mitgehangen/mitgefangen“ ist, bei der tatsächlichen Umsetzung (trotz verbaler Kritik) aller Urteile des EuGH, des völlig undemokratischen EU-Gerichtshofs, bei der kritiklosen Beibehaltung der ruinösen Einheitswährung EURO, bei der Bezahlung der horrenden **jährlichen Mitgliedsbeiträge an die EU** usw.usf. Allein durch den Wegfall dieser Nettoszahler-Beiträge Österreichs (seit unserem Beitritt 1995 insgesamt 14,52 Milliarden Euro) könnte mit Sicherheit die Wiedererrichtung von permanenten und realen, nicht nur verbalen Grenzschutz- und Kontrolleinrichtungen **an allen österr. Staatsgrenzen** finanziert werden! Dies würde übrigens sowohl für die Bauwirtschaft viele Aufträge bedeuten als

auch vielen Österreichern sinnvolle Arbeitsplätze in der Nähe ihrer Wohnorte ermöglichen.

**Grenzschutz
unabdingbar!**

Nur damit wird man der explodierenden Kriminalität Herr werden, wie der jüngste Mord an einem Sozialamts-Leiter in Vorarlberg durch einen dringend tatverdächtigen, bereits „abgeschobenen“, mehrfach vorbestraften Asylwerber aus der Türkei auf traurige Weise beweist. Er kam eben ganz unbehelligt bei einem der völlig unkontrollierten österr. Grenzübergänge wieder herein. Der Wiederaufbau von auch personell entspr. ausgestatteten Grenzstationen würde ein „Abfangen“ der Kriminalität **vor der Erreichung österr. Staatsgebietes** bewirken. Dies haben nicht zuletzt die EU-„Gipfel“ u.a. internationalen „Großereignisse“ der letzten Jahre in Österreich eindrucksvoll gezeigt: Die Exekutive gab bekannt, daß dabei in beträchtlichem Umfang Kriminelle dingfest gemacht werden konnten, die ansonsten hier viel Unheil angerichtet hätten. Warum werden solche Maßnahmen immer wieder nur bei den großen Kon-

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

ferenzen der „Oberen“ finanziell und personell verwirklicht und nie für die Masse der eigenen Bürger, die diese in Wahrheit durch ihr Steuer- und Abgabenvolumen erst ermöglichen?!

Internationale Verträge taugen nicht als Ausrede!

Die Regierungspolitiker egal welcher Couleur wollen uns dzt. über viele aus Steuergeldern bezahlte Kanäle weismachen, daß ihnen angesichts internationaler „Verpflichtungen“ die Hände gebunden wären. Sie verschweigen dabei allerdings, daß sie diese Verträge selbst mitbeschlossen haben, auch die FPÖ!

Österreich stimmt UNO-Flüchtlingspakt zu!

Im Herbst 2018 wurden wir Bürger auf besonders bemerkenswerte Weise hintergangen. Durch Wochen hindurch waren alle Medien voll mit der von beiden Regierungsparteien groß hinausposaunten Nachricht über den Beschluß zur Stimmenthaltung beim UNO-Migrationspakt.

Zur mitgeschickten DVD

Einem beträchtlichen Teil dieser WEGWARTE hat unser Versandteam in zeitaufwendiger Arbeit eine DVD beigelegt, mit der Sie sich aus erster Hand und unmittelbar („live“) ein Bild machen können von den **näheren, inhaltlichen Argumenten** für die Kandidatur von „EU-NEIN (EU-Austritt, Einwanderungs-Stopp, Direkte Demokratie, Neutralität)“. Sie können damit die Start-Präsentation unseres Wahlbündnisses am 17. Jänner durch eine Plakataktion vor dem Haus der Europäischen Union in Wien und die anschließende **Pressekonferenz** im „Presseclub Concordia“ miterleben. Bei dieser sprachen IHU-Obfrau Inge Rauscher, NFÖ-Obmann Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli, und Helmut Schramm als Listendritter; Gerald Grüner moderierte. Da Sie diese DVD nicht bestellt haben, besteht dafür keinerlei Zahlungsverpflichtung. Wir bitten Sie aber um einen **freiwilligen Kostenbeitrag** für Produktion und Porto von € 9,80 - siehe beiliegenden Zahlschein - und danken im voraus dafür!

Auch wir hatten diese Entscheidung in der November-WEGWARTE ausdrücklich begrüßt. Was wir aber alle nicht ahnen konnten: Parallel zu den Verhandlungen rund um den UNO-Migrationspakt haben die Regierungsparteien **gleichzeitig** - aber ohne jegliche Information an die Öffentlichkeit - den UNO-Flüchtlingspakt mitbeschlossen, der ganz ähnliche Bestimmungen enthält wie der UNO-Migrationspakt, von manchen sogar als noch weitreichender bezeichnet. Während der Begriff „Migrant“ keine völkerrechtliche Kategorie darstellt, trifft dies auf den Begriff „Flüchtling“ hingegen sehr wohl zu. Auch in diesem 24-seitigen Dokument ist sehr viel von den **Rechten der Flüchtlinge** die Rede und kaum etwas von den **Rechten der Einheimischen**. Am 31.10.2018 wurde von Kurz und Strache die Stimmenthaltung der Regierung beim Migrationspakt verkündet und nur wenige Tage später, bei einer UNO-Ausschußsitzung am 13.11.2018, stellte die Regierung die Weichen für ihre Zustimmung zum Flüchtlingspakt. Dieser wird daher auch Österreich völkerrechtlich binden. Nur die USA und Ungarn stimmten diesem ausdrücklich nicht zu. Der volle Text ist im Internet abrufbar unter <https://bit.ly/2DJMLPz>

Die **Ablehnung Ungarns** begründete Außenminister Szijarto in einer im „Hungary Journal“ wiedergegebenen Pressekonferenz wie folgt: „Der **UNO-Flüchtlingspakt** ist gefährlich und **könnte noch mehr Migration auslösen**. Und zwar indem ‚illegale Migranten‘ versuchen könnten, sich als ‚Flüchtlinge‘ zu deklarieren. Beim Flüchtlingspakt geht es darum, durch eine Hintertür alle hereinzubringen, die man durch die Haupttür des Migrationspaktes nicht hereinbringen kann.“ Laut Szijarto gäbe es ernstzunehmende internationale Bestrebungen, illegale Migranten nach Europa und Nordamerika zu bringen, deshalb würden auch die USA beide Pakte ablehnen. Das zentrale Schlüsselwort („buzz word“) im Flüchtlingspakt sei die Formulierung der **„geteilten Verpflichtungen“** („shared burdens“). Demnach verlangt der Flüchtlingspakt von den Annehmer- (=Zustimmungs-)Staaten, Flüchtlingen zu erlauben, frei und völlig unkontrolliert innerhalb jedes Landes herumreisen zu können, bei gleichzeitiger

Verpflichtung zum **Zurückfahren von Anhaltungen und Inhaftierungen**. Damit würde illegalen Grenzübertritten Vorschub geleistet. Aufgrund konservativer Schätzungen würden sich 30 bis 35 Millionen Menschen in unmittelbarer Nähe Europas unter Bedingungen befinden, die sie zu einem jederzeitigen Aufbruch in Richtung der EU veranlassen könnten! Die beiden UNO-Pakte würden dies begünstigen, so der ungarische Außenminister.

Der UNO-Flüchtlingspakt wurde im Rahmen der UNO-Generalversammlung in New York am 17. Dezember verabschiedet, der Migrationspakt am 19. Dezember. Die österreichische Regierung fährt also „zweigleisig“, unterstützt von den Medien, die die Stimmenthaltung beim Migrationspakt ganz groß brachten, die Zustimmung zum Flüchtlingspakt jedoch nur ganz klein und verharmlosend.

Zustimmung zur EU-Afrika-Deklaration

Noch mehr geheimgehalten wurde die Regierungszustimmung zur sogenannten „Politischen Deklaration von Marrakesch“, einem ebenfalls **weitreichenden Migrationsabkommen** zwischen 26 afrikanischen Staaten und 27 EU-Mitgliedstaaten - allen außer Ungarn. Dieses 8-seitige Dokument wurde am 2. Mai 2018 von einer Vertreterin der Außenministerin (Kneissl) offiziell unterzeichnet und ist seither in Kraft. In so gut wie keiner Zeitung wurde darüber auch nur ein Wort berichtet - bis heute nicht. Und weder Kurz noch Strache haben es der Mühe wert befunden, die österreichischen Bürger darüber auch nur mit einem Wort zu informieren, geschweige denn eine öffentliche Diskussion darüber zu ermöglichen. Erst Monate nach der Unterzeichnung tauchte der Wortlaut dieses Abkommens ohne jeden Kommentar im Internet auf - siehe <https://bit.ly/2FSDXt8>

Genau aus diesen - und vielen anderen Gründen - ist es unbedingt notwendig, daß unabhängige Bürger, die nicht in das Machtgeflecht eingebunden sind, ins Europaparlament einziehen, um solche Informationen an die Bürger weiterzugeben, damit **rechtzeitig** entspr. Widerstand aufgebaut werden kann. Bei einem Austritt aus der EU müßte Österreich übrigens auch keine Mitgliedsbeiträge

mehr an EURATOM einzahlen, dem Atomförderungsvertrag der EU, und auch die Freihandelsverträge CETA usw. würden für Österreich nicht mehr gelten.

Wie kann die Kandidatur finanziert werden?

Der Einzug unabhängiger Bürger ins Europaparlament kann nur gelingen, wenn möglichst viele unserer z.T. langjährigen Leser und Mitstreiter diesen für uns sehr arbeitsintensiven Weg auch finanziell mittragen. Nur wenn die rund 6,4 Millionen Wahlberechtigten **überhaupt erfahren**, daß EU-NEIN gewählt werden kann, haben wir eine Chance. D.h. es braucht viele viele Informationsblätter, die sowohl verteilt als auch finanziert werden müssen, WEGWARTE-Großauflagen und zahlreiche andere Verbreitungsaktionen, die natürlich auch Geld kosten werden. Wir **danken** allen, die schon bei der Jänner-Ausgabe dafür einiges beigetragen haben **und hoffen** auf weitere Sonderspenden aus diesem akuten Anlaß. Wir arbeiten seit über 30 Jahren ausschließlich ehrenamtlich, erhalten keinerlei öffentliche Finanzierung und betreiben die WEGWARTE ganz bewußt ohne kommerzielle Inserate.

Aktivitäten zum mitmachen - gerade jetzt!

Für das Zustandekommen der EU-NEIN-Kandidatur werden wir in den nächsten Wochen und Monaten viele **Info-Stand-Kundgebungen** zunächst vor den Unterschriftenämtern, später auf den großen Hauptplätzen in Österreich durchführen.

Dabei wollen wir auch unsere laufende Aktion für die Einführung der **direkten Demokratie nach Schweizer Muster auch in Österreich** als längerfristiges Ziel fortsetzen. Je mehr örtliche Helfer - und sei es auch nur stundenweise - sich an diesen Info-Ständen beteiligen, desto mehr können wir gemeinsam bewirken. Die Termine können im Winter witterungsbedingt nicht sehr lange vorher angekündigt werden, entnehmen Sie diese bitte unserer Webseite www.eu-nein.at; sie starten ab 28. Februar.

Wir unterstützen auch die von 25. März bis 1. April in allen Gemeindeämtern zur Unterschrift aufliegenden **Volksbegehren „Für verpflichtende Volksabstimmungen“** und **„Für eine CETA-Volksabstimmung“**. Das Zustandekommen von Volksbegehren wurde ja ab 1. Jänner 2018 (noch unter der „alten“ Regierung beschlossen) gegenüber früher wesentlich erleichtert, u.a. durch die Unterstützungsmöglichkeit per „Mausklick“ im Internet. Die genannten Volksbegehren wurden von Mag. Robert Marschall unter dem Namen „Wir für Österreich“ initiiert, der auch Obmann der vorwiegend im Internet operierenden „EU-Austrittspartei“ ist. Eine Einladung von NFÖ und IHU zu einem gemeinsamen 3-er-Bündnis bei der kommenden Europawahl lehnte er ab und war auch zu keinem Gespräch darüber bereit, da er mit seiner Partei allein kandidieren möchte.

Ein Wort zum Brexit

Wieder einmal beweisen die führenden Politiker in der EU (und jetzt auch

Ja zu Europa - Nein zur EU

Zu diesem Thema spricht Inge Rauscher, Spitzenkandidatin der Liste EU-NEIN, auf Einladung der NFÖ bei deren Bundesversammlung am

**Samstag 9. März
um 14.30h
in Salzburg**

**im Gasthof „Hartlwirt“,
Lieferinger Hauptstr. 120**

Danach gibt es Gelegenheit zur Diskussion und zu Informations- und Arbeitsgesprächen betreffend der Kandidatur des Wahlbündnisses EU-NEIN. Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

in Großbritannien), daß sie ein Referendumsergebnis zunichte machen (wollen). Derzeit deutet alles darauf hin, daß ein echter EU-Austritt - wie von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht - nicht vollzogen, sondern völlig verwässert wird und den Namen Brexit nicht mehr verdient.

Das Herzstück der EU, der Binnenmarkt und die Zollunion, soll nämlich bleiben. Da Großbritannien wesentlich mehr Waren aus der EU importiert als es dorthin exportiert, hat die EU durch den Brexit mehr Nachteile zu befürchten als die Briten. Deshalb „muß“ er von EU-hörigen Medien und Politikern dämonisiert werden. Lassen wir uns dadurch nicht täuschen!

Wir trauern um Mag. Klaus Faißner

Leider müssen wir die traurige Nachricht überbringen, daß der versierte Umwelt- und Wirtschaftsjournalist am 29. Dezember 2018 im Alter von nicht einmal 48 Jahren nach schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Er war einer der wenigen Journalisten, der auch über unabhängige Initiativen und Experten berichtete und auch kontroversielle Themen nicht scheute. Als entschiedener Gegner der Gentechnik verfaßte er mehrere Fachbücher vor allem zu Landwirtschaftsfragen und auch zwei Broschüren zum Thema EU-Austritt. Seine Artikel waren immer sorgfältig recherchiert und sehr mutig.

Als Chefredakteur des Monatsmagazins „alles roger“, seiner letzten Funktion, war er teilweise massiven Anfeindungen von außen ausgesetzt. Wie unberechtigt diese waren, wußte jeder, der ihn näher kannte. Sie haben ihn sicher sehr getroffen und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sein viel zu früher Krankheitstod dadurch mitausgelöst wurde.

Wir verlieren mit ihm einen besonders wertvollen, liebenswürdigen und bescheidenen Menschen; unser Mitgefühl gilt seiner Familie.



Eintritt: freie Spende

Einladung zum öffentlichen
Vortrags- und Diskussionsabend

**Energie für (e)Mobilität
- sind Elektroautos
Kohleautos?**

Mittwoch, 13. März

um **19 Uhr**

in **WIEN**

im **21. Bezirk/Floridsdorf**

im **Restaurant Leopoldauerhof,
Leopoldauerstr. 151**

mit Autobus 29A ab Floridsdorf U6-Station
bis Haltestelle Edelsteingasse (5 Stationen)

Es spricht:

Ing. Gerhard Zila

Hintergrundinformationen zum Energieverbrauch, Energiebereitstellung, Ressourcenverbrauch, Emissionen, Zukunftsszenarien und Profiteure rund um die (e)Mobilität. „Wie ändert sich der Kraftwerkseinsatz, wenn ich ein Elektroauto kaufe und lade?“

**Auswirkungen der
neuen Stromzähler
/Smart Meter**

Montag, 18. März

um **19 Uhr**

in **ANSFELDEN** bei Linz

im **Gasthof „Strauß“,
Traunuferstr. 21**

Es spricht:

Fritz Loindl

*Elektronik- & Elektro-Maschinenbau-Meister
vom STOP-Smartmeter Netzwerk
www.stop-smartmeter.at*

Überwachung, Elektrosmog und gesundheitliche Probleme, Fernabschaltung von Strom (Hackerangriffe, Blackout), technische Probleme, Falschmessungen, enorme Kosten, ökonomischer und ökologischer Wahnsinn, Manipulationsmöglichkeit und Zugriff von außen, Ablehnungsmöglichkeiten und die Gesetzeslage, Alternativen, Wahlfreiheit und Selbstbestimmung

Moderation: Inge RAUSCHER, Obfrau der IHU

Imbißmöglichkeit vor Vortragsbeginn

www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE 29. Jahrgang, Folge 2, Februar 2019, ZulassungsNr. "02Z033544S" Mitteilungen der

Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 13.02.2019, **Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW**